

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Volkshochkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorkauf 3.— Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die preußische Regierung zurückgetreten.

Berlin, 1. November. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium hat dem Präsidenten des Landtages seinen Rücktritt angekündigt. Das Staatsministerium ist zu diesem Entschluß gelangt, nachdem alle Bemühungen des Ministerpräsidenten, durch Umbildung des Kabinetts eine neue Regierung zu schaffen, die sich auf möglichst weite Kreise des preussischen Volkes stützt, fehlschlagen sind. In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Anforderungen, die die nächste Zukunft an die Staatsleitung stellen wird, und geleitet von dem Wunsche, stetige und gesicherte Regierungsverhältnisse in Preußen zu schaffen, will das Staatsministerium dem Landtag die völlige Bewegungsfreiheit zurückgeben.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Gründe, die zu dem Rücktrittsentschluß der preussischen Regierung geführt haben, äußerte sich Ministerpräsident Stegerwald zu einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes folgendermaßen: Wie man weiß, habe ich mich ständig bemüht, ein Kabinett auf der breiten Basis von den Mehrheitssozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei zustande zu bringen. Nachdem nun die demokratische Landtagsfraktion die Verhandlungen als gescheitert angesehen und beschlossen hat, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen, war die Situation für mich von selbst gegeben. Das übrige Kabinett konnte selbständig nicht weiter bestehen. Es ist natürlich nicht möglich, ein neues Kabinett etwa nur aus Zentrumselementen und Beamten zu bilden. Stegerwald ist vielmehr der Ansicht, daß die politische Lage ein Kabinett auf breiter Grundlage notwendig mache.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das Berliner Tageblatt meint, voraussichtlich werden die Demokraten und das Zentrum mit den Sozialdemokraten zusammen den Versuch machen, ein Uebergangsministerium herzustellen. Dabei sei nicht zu verkennen, daß auch diese Konstellation auf einer schwachen Grundlage stehe, die nach dem voraussichtlichen Auscheiden eines Teiles der ober-schlesischen Abgeordneten keine Mehrheit mehr auf sich vereine und irgendwie auf eine wohlwollende neutrale Haltung entweder links oder rechts angewiesen sei. Bei einer Gesamtzahl von 428 Abgeordneten würde die alte Koalition 224 weniger 6 bis 7 ober-schlesische Abgeordnete ergeben. Vermutlich werde man zwei Ministerposten mit Beamten besetzen, um sie dann im gegebenen Augenblick der Deutschen Volkspartei zu überlassen.

Der Vorwärts erklärt, die einzige Möglichkeit für die Regierungsbildung sei die Wiederherstellung der alten Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Ähnlich wie im Reich dürfe sich für diese Koalition die wohlwollende Neutralität der Unabhängigen erzielen lassen. Damit wäre sie bei der Wahl des Ministerpräsidenten und gegen die Zufälligkeiten sonstiger Abstimmungen wohl gesichert. Man sehe jetzt in Preußen wieder da, wo man in diesem Frühjahr stand, nur um eine Erfahrung reicher. Die Sozialdemokratie habe das Kabinett Stegerwald nicht gestützt, es sei in sich selbst geborsten. Sie könne in Ruhe warten, was geschehe. Die Sozialdemokratie werde sich grundsätzlich nicht versagen, wenn man sie zur Mitarbeit rufe, aber wer sie rufe, solle sich darüber klar sein, daß es für die Sozialdemokratie bei der Neubildung des Ministeriums nur ein Ziel geben kann, daß in Preußen demokratisch und republikanisch regiert wird.

Die Freiheit sagt, daß der Rücktritt des Kabinetts Stegerwald-Dominicus, das zudem ganz unfruchtbar in seiner Arbeit gewesen sei, in den Kreisen der gesamten Arbeiterschaft und darüber hinaus bei den wirklich demokratisch und republikanisch Gesinnten lebhafteste Genugtuung hervorruft. Es könne nunmehr bei den obwaltenden Verhältnissen in Preußen nur das eine oder das andere geben: entweder eine Regierung, die ein energisches und konsequentes Regierungsprogramm aufstellt, das die Arbeiterklasse unterstützen kann, oder aber Eröffnung des schärfsten Kampfes der gesamten Arbeiterschaft in Preußen gegen die Fortsetzung des reaktionären Kurzes, den die Regierung Stegerwald bisher gesteuert habe.

Die Volkische Zeitung berichtet einiges über die Vorgeschichte der Krise. Danach wurden Verhandlungen der bisherigen Koalition mit den Sozialdemokraten gepflogen, worüber die Volkspartei auf dem Tausenden gehalten wurde und man ist überein gekommen, daß zunächst die Sozialdemokraten in die Regierung eintreten sollen, daß aber der Volkspartei von vornherein zwei Ministerien offen gehalten werden sollen, die man insulden mit Beamten besetzen will. Es wird versichert, die Volkspartei wisse davon und sei im wesentlichen einverstanden. Da habe sich die weitere Frage erhoben, ob dies einfach durch Koalition, die Herr Stegerwald vorzunehmen hätte, oder durch die Bildung der neuen Regierung erreicht werden sollte. Da man sich keineswegs darüber einig war, ob Herr Stegerwald auch das Haupt der neuen Regierung bleiben sollte, entschlossen sich die Demokraten nach einstimmigem Fraktionsbeschlusse, der wiederum der Volkspartei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten mitgeteilt wurde, die Demission des jetzigen Kabinetts zu erzwängen.

In parlamentarischen Kreisen der beteiligten Parteien scheint man sich der Hoffnung hinzugeben, die Uebergangeregierung werde einen großen Schritt auf dem Wege zur großen Koalition darstellen. Einer der Hauptbefürworter der breiten Koalition ist der Sozialdemokrat Severing. Die Volkische Zeitung erinnert jedoch daran, daß er schon einmal von Sellmann und Ruttner überstimmt worden sei. Man müsse abwarten, ob er sich jetzt durchsetzen werde. Die Wähler der Rechten sind einstweilen sehr zurückhaltend.

## Das Reichskabinett zur preussischen Krise.

Berlin, 2. November. (M.) Die Reichsregierung wird nach der am heutigen Mittwoch erfolgenden Rückkehr des Reichsanzalters Dr. Wetzl eine kurze Sitzung abhalten, in der wahrscheinlich auch der Rücktritt des preussischen Kabinetts zur Sprache kommen wird.

## Eine neue Note der Bolschawerkonferenz.

Berlin, 1. November. Dem deutschen Bolschawer in Paris wurde gestern folgende Note der Bolschawerkonferenz übermittelt: Die Aufmerksamkeit der Bolschawerkonferenz ist auf die Gefahren hingelenkt worden, die der Eintritt landesfremder Personen nach Oberschlesien für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Lande haben könnte. Die Konferenz ist überzeugt, daß die Ruhe, die augenblicklich im Abstimmungsgebiet herrscht, und deren Fortdauer von so großem Wert ist, nicht gefährdet werden wird, wenn kein von außen heringetragene Auslösung die Bevölkerung dazu treibt, von ihrer Haltung abzugehen. Die Bolschawerkonferenz glaubt, daß es die Pflicht Ihrer Regierung ist, auf ihrem Gebiete und ganz besonders in den Teilen, die an das Abstimmungsgebiet angrenzen, für eine tätige Ueberwachung zu sorgen, um das Eindringen von Elementen nach Oberschlesien zu verhindern, die die Ruhe stören könnten. Unter diesen Umständen würde die Konferenz Ihre Regierung als in hohem Maße verantwortlich betrachten, wenn Unruhen in Oberschlesien von Leuten, die aus dem deutschen Gebiete kommen, gefördert würden.

Im Namen der Bolschawerkonferenz habe ich die Ehre, Sie zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen.

Ob eine Note gleichlautenden Inhalts auch der Warschauer Regierung übermittelt worden ist, ist in Berlin nicht bekannt.

## Vorbereitungen für die Uebergabe.

Berlin, 2. November. Eine ganze Anzahl von Werken im ober-schlesischen Industriegebiet hat vom Wirtschaftsstab der internationalen Kommission den Auftrag erhalten, unverzüglich eine genaue Bestandaufnahme der Werke und Gruben nach dem Stande vom 20. Oktober einzuführen. Diese Bestandaufnahmen sollen als Unterlagen für die Uebergabe der Werke an Polen dienen.

## Allgemeine Amnestie für Polnisch-Oberschlesien.

Warschau, 20. Oktober. (M.) Die polnische Regierung hat für den an Polen fallenden Teil des ober-schlesischen Gebietes eine allgemeine Amnestie vorbereitet, die alle bisher ungesühnten Straftaten von Angehörigen der beiden Nationen umfaßt, auch mit wenigen Ausnahmen die nichtpolitischen Vergehen.

## Monarchistische Demonstration in München.

München, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Beteiligung des ehemaligen bayerischen Königs findet am Sonnabendvormittag statt. Die zu dieser Feierlichkeit getroffenen Anordnungen sind mit allem bei früheren ähnlichen Anlässen zur Zeit der Monarchie üblich gewesen: höfischen und militärischen Zeremoniell ausgestattet. Offiziere, Reichswehr und die hohe Geistlichkeit, Glockengeläute und Fanfarenklänge sollen nach außen sichtbar machen, daß ein König beigesetzt wird. Auf dem Königsplatz, der schon viele andre monarchistische und militaristische Demonstrationen gesehen hat, werden Rauchpyrammen brennen, 40 000 Kinder und 800 Säger und Musikkapellen sind dort aufgestellt. Alles ist so organisiert, daß der Trauerzug als eine militaristische und monarchistische Demonstration wirken muß. Zur Zeit der Monarchie hätte ein König nicht mit größerem Aufwand beigesetzt werden können. Und dabei wagt das deutsche nationale Münchner Blatt zu behaupten, daß die Beisetzung keine höfische und militarische Feier sein soll.

## Oberland rüffel weiter.

München, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Freikorps Oberland, das angeblich nach den Versicherungen seiner Führer „abgewickelt“ wird, macht sich in den letzten Tagen eine lebhafteste Bewegung bemerkbar. Mehrere Trupps wurden bereits nach Oberschlesien abtransportiert. Weitere sollen folgen.

## Reparationskrise.

F. P. Es mehren sich die Anzeichen, daß das Reparationsultimatum vom Mai dieses Jahres einer ernsten, wenn nicht gar entscheidenden Krise entgegenseht. In den wirtschaftlich maßgebenden Ländern erheben immer mehr führende Staats- und Wirtschaftsmänner, unterstützt von einem Teil der Presse, die Stimme und erklären, daß die Art der finanziellen Liquidierung des Krieges für alle Beteiligten zum Verhängnis wird. Die „Sieger“ haben unter der Last des finanziellen und wirtschaftlichen Glanzes jegliches Ansehen verloren, wenigstens sie machtpolitisch noch immer den Gewaltigen spielen. Nicht länger mehr ist es zu verbergen, daß dieser Krieg nur Verlierer hinterlassen hat. Selbst die weitgehenden territorialen Veränderungen haben den „Sieger“ Erleichterungen irgendwelcher Art nicht bringen können; im Gegenteil hat die Zerstückelung wirtschaftlich unzerstrennlich zusammengehörender Gebiete bis jetzt nur Schäden gebracht und zur Verschärfung der Krise geführt. Alle ökonomischen Zwangsmassnahmen, alle Sachlieferungen und Barzahlungen haben den Urheber und Empfänger bislang Erleichterung und Gesundheit nicht gebracht. Die von dem verderblichen Wahn der Machtvollmacht befallenen „Sieger“ Imperialisten müssen jetzt selbst öffentlich gestehen, daß ihre Rechnung falsch, daß ihre Friedensdikate und Reparationsbestimmungen im eigenen Lager die Not verschärfen.

Das ist von außerordentlicher Wichtigkeit, und wir Sozialisten haben politisch wie ökonomisch recht behalten, wenn wir im Mai dieses Jahres erklärten, daß die Annahme des Reparationsultimatums angeht die Machtverhältnisse unvermeidlich sei, daß sich aber die Unmöglichkeit der Bergewaltigung grundlegender wirtschaftlicher Tatsachen nicht lange durchführen lasse. Unter den obwaltenden Verhältnissen war die Einsicht in die wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit der Erfüllung des Reparationsultimatums nur um den Preis zu haben, den Dingen praktisch ihren Lauf zu lassen bis zum entscheidenden Moment, den Urhebern des Ultimatus dessen ganzen Widerstand spüren zu lassen. Daraus folgt am konsequentesten und aussichtsreichsten die gründliche Revision oder Aufhebung des Reparationsdikats.

So ist es auch beiseite nicht der „gesunde Menschenverstand“, sondern der unentzerrbare Zwang ökonomischer Dialektik, die insbesondere den englischen Prebigern eines allgemeinen Wirtschaftsfriedens, der Lloyd George, Lord Grey, Mr. Kenna usw. die Junge führt. Wenn auch die Weltwirtschaftskrise ihre Ursache nicht allein in den Friedensdikaten und dem Reparationsultimatum hat, so liegt es doch für jeden, der wirtschaftlich sehen und denken kann, klar zutage, daß die internationalen Zwangsmassnahmen der Entente die Krise ungeheuerlich verschärfen und deren Ueberwindung fast aussichtslos erscheinen lassen. Seit fast einem Jahre hat England — ungerneht die dreimonatige Streikbewegung der Bergleute — ein Arbeitslosenheer von und 2 Millionen Köpfen; erst in der letzten Woche ist wieder eine bedeutende Erhöhung der industriellen Reservearmee eingetreten. Produktion und Handel liegen zum sehr großen Teil danieder. Kein Zeichen einer Wendung zum Besseren ist sichtbar. Auch in Frankreich, dessen Staatshaushalt mehr denn je auf den Bankrott eingestürzt ist, macht sich seit den letzten Monaten die industrielle Krise in auffallender Schärfe bemerkbar. Die neutralen Länder sind ebenfalls davon erfaßt. In den Vereinigten Staaten ist die große Krise während der letzten Wochen eher verschärft als abgemildert. Der Außenhandel hat im Monat September seit einem Jahre den tiefsten Stand erreicht. Die Unternehmer kündigen neue Lohnherabsetzungen an, wogegen die amerikanischen Gewerkschaften (Bergleute, Transportarbeiter und Dodarbeiter) ansehend eine erbliche Front zu machen gedenken. Ohne Zweifel steht fest, daß die dunklen Züge in dem Bilde der Weltwirtschaftskrise in letzter Zeit zugenommen haben. Die deutschen Reparationsleistungen haben dazu unverkennbar viel beigetragen. Die sprunghafte Entwertung der deutschen Mark in Verbindung mit dem deutschen Warenbumping auf dem Weltmarkt drückt schwer auf die englische Volkswirtschaft, die sowohl einer sich schließendings nicht zu überbietenden Konkurrenz gegenübersteht, wie ihr andererseits der deutsche Markt fast völlig fehlt. Das wird in diesem Augenblick besonders sichtbar, wo der Ausverkauf Deutschlands in einem beispiellosen Umfange vor sich geht. Alles, was an deutschen Waren nur auszutreiben ist, wird von stuppelosen Händlern für die Ausfuhr zusammengerafft. Deutschland produziert infolge seines entwerteten Geldes, seiner geringen Produktionskosten, seiner tiefstehenden Löhne konkurrenzlos billig. Deutschland ist gegenwärtig der Mittelpunkt aller großen Spekulanten und Abenteuer, die von den glänzenden Gewinnmöglichkeiten in Massen angezogen werden. Der Ausverkauf Deutschlands, dessen Produktion weit hinter dem Bedarf der Spekulation zurückbleibt; diese unheimliche Warenflut hemmt und unterbindet die Produktionsmöglichkeiten der andern Länder, in erster